

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 10 M. monatl. Einzelne Rtn. 40 Pf.
Vertriebspreis: Geschäftsstelle Nr. 2126 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 4 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 8 M., unter Eingangslo 10 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Versicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 23

Freitag, 27. Januar

1922

Dresden, 26. Januar.

Reichskanzlerrede über die Steuerfragen.

(Eigene Meldung.)

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird Reichskanzler Dr. Brüning am heutigen Donnerstag vor dem Plenum des Reichstages seine große Rede über die Steuerfragen halten.

Die Reichseinheit.

Am Sachlichen Landtage leitete der Staatspräsident Dr. Hummel die politische Aussprache durch eine längere Rede ein, in der er erklärte: Der Gedanke an die Reichseinheit ist auch der Leitgedanke der sächsischen Regierung. Die Zusammenkünfte präsidierender Mitglieder einzelner Länder sind geeignet, eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Bei der Münchener Zusammenkunft ist bei allen Staatsmännern deutlich die Ansicht zutage getreten, daß der Wiederaufbau der Länder und des Reiches nur auf dem Boden der gegenseitigen Staatsform und der geltenden Verfassung ermöglicht werden kann. Auch hat die Zusammenkunft bewiesen, daß die bayerische, württembergische und sächsische Regierung von dem Geiste gleicher Loyalität gegenüber dem Reich erfüllt sind.

Der deutsche Zahlungs- und Garantievorschlag.

(Eigene Meldung.)

Wie wir von untermittelter Seite erfahren, haben am gestrigen Nachmittage, nachdem man in der Regierung den Eindruck gewonnen hatte, daß nunmehr das Steuerkompromiß geschickt sei, längere Beratungen der maßgebenden Regierungsdirektoren stattgefunden, die sich mit der Formulierung des deutschen Zahlungs- und Garantievorschlags befaßten. Die Formulierung wird längere Zeit in Anspruch nehmen und erst heute Mittag beendet werden können. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß der Reichskanzler über die der Entente unterbreiteten Vorschläge den Parteiführern Bericht erstatten wird. Die Regierung glaubt, nach der Berechnung, die sie auf Grund der durch das Kompromiß geschaffenen Steuereinnahmen machen konnte, der Entente vorzuziehen zu können, daß Deutschland in der Lage sei, bestimmte, wenn auch kleine, Goldzahlungen zu leisten. Die Höhe dieser Goldzahlungen war bisher nicht zu erfahren. Im wesentlichen aber läuft der deutsche Vorschlag darauf hinaus, daß Deutschland sich verpflichtet will, bedeutend größere Zahlungen zu machen, als es bisher der Fall war, um durch diese Sachleistungen den Ausfall der Goldzahlungen weitzumachen. Wegen des Papiergeldumlaufes ist die deutsche Regierung nicht in der Lage, bindende Zusicherungen zu geben und schlägt in dieser Frage deshalb weitere Verhandlungen vor.

Das Reichskabinett wird heute vormittags zu einer Besprechung über die Antwort an die Reparationskommission zusammengetreten. Die Antwort soll soweit fertiggestellt sein, daß nur noch die Punkte ergänzt zu werden brauchen, deren endgültige Formulierung vor dem Zusammenkommen des Steuerkompromisses nicht möglich war. Die Antwort ist bereits im Laufe des heutigen Tages der Kriegsausschusskommission übermittelt worden.

Tagung der Heereskammer.

(Eigene Meldung.)

In Gegenwart des Reichswehrministers begann gestern die Wintertagung der Heereskammer. Auf der Tagesordnung standen Mitteilungen betreffend die Verdringung der während der Sommertagung angenommenen Anträge, Beratung eines Gesetzentwurfes über die Änderung des Wehrmachtverordnungsrechtes und die Einziehung der Soldaten in das dritte Buch der Reichsversicherungsverordnung und das Versicherungsrecht für Knechtlinge.

Die Verständigung.

Wochen hindurch sind die Meinungen über die Steuerfragen auseinandergegangen. Die Regierung bemühte sich vergeblich, Grundlagen zu einem Steuerkompromiß zu finden. Sie stieß bei jeder Partei auf Schwierigkeiten. Nur dem Druck durch die Entente, dem Druck der Verhältnisse ist es zu danken, daß schließlich sich Besprechungen anbahnten, die nunmehr zum Abschluß eines Kompromisses geblieben sind. Es hat lange gedauert, bis man die Grundzüge des Kompromisses formulieren konnte, daß die Verhandlungen Hand und Fuß erhielten. Von der Forderung der sozialdemokratischen Partei auf Erlassung der Sachverhalte kam man durch Verhandlungen schließlich auf den Ausweg, die Erlassung der Sachverhalte durch eine Zwangsanleihe zu erreichen. Und je mehr sich der Plan der Zwangsanleihe ausbaute, um so sympathischer wurde er, zumal sich ergab, daß hier eine Einnahmequelle geschaffen wird, die dem Reich reichliche Mittel zur Verfügung stellt, einerseits den Beschlag heranzieht, andererseits aber dem Beschlag die nötigen Mittel nicht nimmt, sondern ihn nur verfrachtet, sich an einer Anleihe zu beteiligen. Außerdem wird der Ertrag der Zwangsanleihe eventuell verwendet werden können, um einige Steuern, die in der angemessenen Höhe gestrichen werden müssen, zu ersetzen und so ein Defizit zu vermeiden.

40 Milliarden Papiermark soll die Zwangsanleihe erbringen. Ein Kapital, das dem Reich schleunigst zuzuführen, für das es fünf Jahre hinterzahlt keine Zinsen zu zahlen hat, und das von der Industrie, wie überhaupt vom Kapital, nicht als ein Geschenk an das Reich betrachtet werden muß, sondern als Buchwert in den Bilanzen der einzelnen Unternehmungen erscheinen kann. Die Anleihe ist das Werk der sozialdemokratischen Partei und umbelegt ihr Erfolg. Die Form, wie sie nunmehr von den bürgerlichen Parteien beschlossen worden ist, ist die Basis für das Kompromiß geworden, hat dazu beigetragen, die Verständigung von der Deutschen Volkspartei bis zu der sozialdemokratischen Partei herbeizuführen.

Die Steuerberatungen werden deshalb nunmehr heute im Plenum des Reichstages in zweiter Lesung aufgenommen werden können, und wenn bei der einen oder anderen Steuer auch Abstriche erfolgen, so hat das Reich durch die Zwangsanleihe doch die Sicherheit gewonnen, über flüssige Mittel zu verfügen und den Zahlungs- und Garantievorschlag an die Entente auf Grund bestimmter und fester Einnahmen zu machen. Unbedingt ist die Lage jetzt völlig geklärt, und es ist zweifellos, daß die Parteien, die sich bei den Steuerberatungen auf einer Basis zusammenfanden, auch bestrebt sein werden, die Regierung in allen anderen schwebenden und schwierigen Fragen zu stützen. Man hat der Regierung für ihren Zahlungs- und Garantieplan jetzt gewissermaßen bereits freie Bahn gegeben und wird sie auch darin unterstützen, um gangbare Vorschläge für die Konferenz von Genoa auszuarbeiten.

Zur Sache selbst liegen die folgenden Meldungen vor:

(Eigene Meldung.)

Wie wir in den letzten Tagen wiederholt, informiert von der besten Seite, betonen konnten, wird das Kompromiß trotz aller Gegenstände und Schwierigkeiten zustandekommen. Gestern sind die letzten Hindernisse beseitigt worden, und zwar nach einer eingehenden Besprechung zwischen der Regierung und den bürgerlichen Parteien. Dabei wurde von der Regierung ein Vermittlungsvorschlag gemacht, der die Ausschreibung einer Zwangsanleihe vorsieht und zwar im Betrage von 40 Milliarden Papiermark. Diese Anleihe soll für die ersten fünf Jahre keine Zinsen tragen, dafür soll auf das zweite Drittel des Reichsnoteportals verzichtet werden. Die

Zwangsanleihe soll in enger Verbindung mit der Steuervorlage gebracht werden, aber wegen der technischen Schwierigkeiten erst später zur Durchführung gelangen. Die bürgerlichen Parteien erklärten sich nach kurzer Aussprache bereit, diesen Regierungsvorschlag anzunehmen. Er wurde deshalb als Vorschlag der bürgerlichen Parteien an die sozialdemokratische Partei formuliert und dieser überreicht. Wie wir aus sozialdemokratischen Kreisen hören, steht außer Zweifel, daß die Fraktion der sozialdemokratischen Partei sich bereit erklärt wird, dem Steuerkompromiß mit diesem Vorschlag als Grundlage beizutreten. Die sozialdemokratische Partei hat sofort eine Fraktionsbesprechung einberufen, aber auch die übrigen Parteien traten in den Fraktionen zusammen, um sich mit den Steuervorlagen und dem Steuerkompromiß zu beschäftigen. Deshalb wurde die Reichstags-Sitzung gestern auch bereits um 3 Uhr abgebrochen. So kann schon jetzt mit Bestimmtheit von dem zustande gekommenen Steuerkompromiß gesprochen werden.

Aber die Einzelheiten des vereinbarten Steuerkompromisses wird noch gemeldet: Die Zwangsanleihe soll besonders niedriger verzinst werden, um den Anleihegebern die Möglichkeit zu lassen, ihrerseits Geld durch Anleihe aufzunehmen. Die Veranlagung zur Zwangsanleihe erfolgt, soweit es möglich ist, auf Grund des Verleihungsvertrages über das Reichsnoteportal, solange die neue Vermögensveranlagung noch nicht durchgeführt ist. Bei der Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnoteportals soll es bei der Verzinsung auf 40 Proz. nach der Regierungsvorlage verbleiben. Die Zuschläge zur Vermögenssteuer werden auf 200 Proz. anstatt auf 300 Proz. festgesetzt. Bei der Vermögenssteuer wird der sogenannte mittlere Tarif durchgeführt. Die Nachkriegsgewinnsteuer fällt fort. Über die Wertermittlung bei landwirtschaftlichen Grundstücken nach dem Ertragswert wird durch die Zustimmung im Plenum entschieden werden. Schließlich soll der Reichskanzler die Erklärung abgeben, daß sämtliche Steuererlasse mit ihren Tarifen nachgeprüft werden sollen, ob und inwieweit die Steuererlasse dem heutigen Geldwert noch entsprechen.

Über den Verlauf der Besprechungen des Reichskanzlers mit der Rentalkommission und der Reichstagsfraktion der USPD veröffentlicht die „Freiheit“ eine längere Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß der Steuerkompromiß der bürgerlichen Parteien in einer gestern abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Zentralleitung und der Reichstagsfraktion einstimmig abgelehnt wurde. Bei ihrer Stellungnahme sei für die Fraktion entscheidend gewesen, daß die Zwangsanleihe in keiner Weise geeignet sei, eine Sanierung der Reichsfinanzen und daher einen Stillstand der Rentenpresse mit ihrer preissteigernden Wirkung herbeizuführen. Diese Zwangsanleihe würde nicht ausreichen, um die Reparationsleistungen zu decken und würde somit den inneren Bedarf weiter belasten. Abgesehen von den schweren Rängeln des Kompromisses würde die Zwangsanleihe nur eine gewisse Entspannung der Salutschwierigkeiten im Augenblick bringen. Eine Steuerreform, die geeignet sei, die Verschuldung des Reiches zu beseitigen, erscheint der USPD rasch wie vor nur durch folgende Maßnahmen möglich: 1. Sofortige Erhebung der Gewerbesteuer. 2. Sofortige Erhebung des Restes des Reichsnoteportals. 3. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuer von den Besitzenden. 4. Erhebung der Ausfuhrabgaben und schärfere Erfassung der Auslandsdividenden.

Groß-Hamburg.

In einzelnen Schleswig-Holsteinischen Blättern ist die Vermutung aufgetaucht, Preußen drabsichtige, ohne Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung der Provinz unterdrückt zu werden.

Gebietsteile Schleswig-Holsteins an Hamburg zu willigen. Demgegenüber muß, wie der amtliche preussische Pressedienst schreibt, erneut betont werden, daß Preußen nicht daran denke, den Willen der Bevölkerung der Provinz unberücksichtigt zu lassen.

Zurück zum Metallgeld!

Wir haben vor kurzem mitgeteilt, daß demnächst ein neues Hartgeld aus aluminiumplattiertem Zink in Umlauf kommen soll, und zwar Stücke zu 1, 2, 3 und 5 Mark. Diese Mitteilung hat zweifellos überaus freudige Benutzung darüber ausgelöst, daß damit ein erster Anfang zur Beseitigung des unheimlichen und infolge der Abnutzung auch unästhetischen Papiergeldes gemacht wird, wenn es sich auch zunächst nur um Geld aus unedlem Metall handelt. Im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Reichsregierung zur allmählichen Ablösung des Papiergeldes durch Hartgeld werden die nachstehenden Ausführungen des Volkswirts R. Th. Mathias Kammerbauer unter dieser Überschrift in der „Deutschen Handels-Warte“ (Berlag des Rührberger Bundes, Rührberg, Schoppershofstraße 86/88) macht.

Geld ist dienende Kraft und herrschende Macht. Geld ist der Gegenwert für die Leistung an Kopf- und Handarbeit, die der Mensch unserer Zeit zur Gestaltung und Erhaltung seines Lebens vollbringt. Geld ist nicht Wert an sich, sondern der Ausdruck dieser Leistung und das Abbild des Erfolges, den der Einzelne als tätiges Glied der menschlichen Gesellschaft erringen kann. Mit dem Begriff und der Stofflichkeit des Geldes ist somit Fleiß und Plage, sowie Fleiß und Können, sowie Unterordnung und Bescheidenheit, sowie Hingabe und Ausstrahlung menschlicher Energie verbunden, daß alle Ursache besteht, dem durch ethische Arbeit erworbenen Gelde allergrößte Anerkennung zu zollen.

Haben wir nun diese hohe Meinung vor dem Gelde? Wird das Geld als ein Kraftsammler wirklich so geschätzt, daß mit Schonung, Sorgfalt und Sparlichkeit im Wiederausgeben dieser Kraft umgegangen wird? Mit nichten! Und warum nicht? Weil wir das Vertrauen zu dem Gelde verloren haben, das uns in der Jetztzeit zu Gesicht kommt. Es ist doch nur Papier, meint das schlechte Volksgemüt in dumpfer Resignation. Und das Volksgemüt spricht elementar die Wahrheit aus. Es weiß wohl, daß das Geld ein Wertmesser ist, ein Hilfsmittel, mit dem man sich eine Menge von Dingen kaufen kann, die Herz und Sinne erfreuen. Aber das Volksgemüt findet gerade diesen Wertmesser aus Papier als einen Notbehelf, als eine krankhafte Erscheinung im äußeren Dasein, zu dessen Dauerhaftigkeit es kein richtiges Vertrauen fassen kann. Alles Papier wird als ein Scheinwert angesehen, der keinen vollkommenen Erfolg darstellt für den wirklichen Wert, der von den Menschen am Pfug und Schraubstock, in den Bergwerken und den Kontoren in gewaltigstem Ausmaße täglich von neuem geleistet wird. Aus diesem naturhaften Gefühl heraus entsteht der Drang nach Wiederausgabe dieses Geldes, um sich für die geschaffenen Sachwerte wieder Sachwerte anzueignen. Das ist die Rettung aus der jetzigen Not, in der sich das arbeitende Menschengemüt befindet, das nur dem Schein, zeitlich Starren traut und allen Schein mit Misstrauen verfolgt. Aus einer derartigen feierlichen Haltung kann auch kein Parteilich entstehen, keine Bildung von Überschubwerten, kein richtiges Sorgen für das Alter, keine Hochachtung des Geldes und kein würdiges Arbeits- und Lebensbild.

Anders und allmählich besser kann es nur werden, wenn wir wieder zu einer Geldwirtschaft zurückkehren, die sich zu dem Grundsatze bekennt: Geld muß wieder einen inneren Wert haben. Geld darf nicht nur Tauschmittel sein, sondern es muß wieder einen Sachwert an sich darstellen, dessen größter Vorzug Erhaltung der Kraft auch in Zukunft ist.

Metallgeld heißt das Mittel, mit dem wir Besserung schaffen. Es ist das einzige Mittel, das uns wieder Respekt vor dem Gelde gewinnet, das uns wieder sagen läßt: Endlich haben wir wieder Werte, mit denen wir hausälterlich umgehen wollen!

Ein weiterer gar nicht hoch genug zu veranschlagender Vorteil der Metallwirtschaft ist der, daß sie der verhängnisvollen Verschlebung im Vermögen der einzelnen Volksglieder Einhalt gebieten würde. Reich ist jetzt nur der Besitzer von Sachwerten, während der Einkommensbezieher jede Bewegung der Mark mit Angst und Sorge verfolgt. Dies besonders wegen seiner Existenz.

die oft das Ergebnis der Arbeit eines ganzen Menschennetzes sind. Auch die Metallgewerkschaft sehen wir die Einkommenssteuern sehr in die Waage, sich Sachverhalte durch Sparen auszubilden. Diese Kreise haben unter der Papiergewerkschaft andauernd und in steigendem Maße zu leiden, einmal, weil sich die Einkommensentziehung immer mehr dem Stand der Preise vollzieht, sodann, weil alle Spargelder bald mehr, bald weniger, vollständig bald gar nichts mehr wert sind.

Dass die Rückkehr zur Metallgewerkschaft auch die Vermögensbildung bei den arbeitenden, handw. rlichen, händellichen und industriellen Kreisen günstig beeinflussen würde, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, da diese Kreise teils Besitzer und Betreiber von Sachwerten, teils aber auch Einkommensbezieher sind, sich also in einem Rechteit befinden gegenüber den landwirtschaftlichen Kreisen, die fast ausschließlich Sachwerte ihrer eigenen nennen. Der Verlust der Sachwerte richtet sich ganz nach dem Preis des Geldes. Den Schaden der Papiergewerkschaft haben demnach wieder die Einkommensbezieher zu tragen, während sich der landwirtschaftliche Grundbesitz davon nicht oder doch nicht so sehr wie jene betroffen fühlt. Auch in dieser Hinsicht wird die Metallgewerkschaft ihr wohlwollendes Werk tun. Es wird eine einseitige Reichumsbildung fernhalten beschränken und die drohende Verarmung gewisser Stände und Schichten verhüten.

Es darf zugegeben werden, daß sich eine derartige Geldreform nur schrittweise vollziehen kann. Wir dürfen nicht damit rechnen, daß sie, im Augenblick gefordert, auch in den nächsten Jahren schon Tatsache wird. Der Übergang zur Metallgewerkschaft legt Werte voraus, die für diesen Zweck erst gesammelt werden müssen. Die Bildung dieser Werte kann indessen schon als Gegenwartsaufgabe angesehen werden. Dazu gehört zunächst ein mutiges Bekennen zur Metallgewerkschaft, und ihm muß der erste Wille folgen, die Anwendung und Durchsührung dieses Geldsystems erstreben zu betreiben.

Alle echte Wirtschafts- und Sozialpolitik ist vorausschauendes Handeln, ist ein Schaffen im Augenblick für ein Ziel, das oft erst auf langen Wegen erreicht wird. Wer es gut mit dem Volke meint, wer seine Befindlichkeit aus unnatürlichen Verhältnissen wünscht, wer den Hochbetagten noch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und der Jugend diese freiere Zeit selbst bereiten will, der wird auch gewiß fern, manhaft für die Metallgewerkschaft einzutreten ungeschert aller Widerstände und Schwierigkeiten, die dieser Absicht zunächst noch entgegenstehen.

Die Beamten- usw. Befoldung.

Der 23. Ausschuss des Reichstages beschäftigt sich in seiner heutigen Sitzung mit der Frage, ob und in welcher Form die Zuschläge, welche die Arbeiter der Eisenbahnverwaltung nach den zurzeit im Reichsverkehrsministerium schwebenden Verhandlungen in den Lagen mit besonders hohen Privatindustriellen bekommen werden, auf die Beamten übertragen werden können. Von mehreren Rednern wurde die Auffassung vertreten, daß der Weg für einen gerechten Ausgleich in besonders hohen Lagen gefunden werden müsse. Die Aussprache hierüber wird in den nächsten Tagen fortgesetzt. Anschließend hieran werden Beratungen über die übrigen grundsätzlichen Befoldungsfragen gepflogen. Die Verhandlungen wurden als vertraulich bezeichnet.

Zu den Nachrichten über die Stellung eines Ultimatum der Berliner Eisenbahnbeamten an die Regierung wird gemeldet, daß es sich um den Be-

schluß von 150 Vertretern der etwa 5000 Mitglieder zählenden Fachgruppe nichtstaatlicher Eisenbahnbeamter handelt. Auf Grund dieses Beschlusses wird sich die Vertretung der Berliner Eisenbahnbeamten nunmehr mit dem Beamtenbund ins Einvernehmen setzen. Dieser hat neue Verhandlungen mit der Regierung bereits angebahnt. Eine unmittelbare Streikgefahr besteht demnach für den Berliner Eisenbahnverkehr nicht. Die Berliner Eisenbahnbeamten haben einen Aktionsausschuß gewählt, der innerhalb 5 Tagen eine befriedigende Erklärung der Regierung herbeiführen soll.

Die Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie nahm als Vertretung des gesamten deutschen Bergbaues einstimmig eine Entschiedenheit an, in der sie die auf den Organisationszwang hinauslaufende Forderung der Gewerkschaften, daß künftig die Sozialistische (Hausstands-, Kinder-, Urlaubsgeld) den Arbeitern, die nicht bestimmten Organisationen angehören, entgegen werden sollen, als verfassungswidrig ablehnt. Sie ist der Auffassung, daß nur auf dem Wege der Gesetzgebung die aufgeworfene Frage der zwingenden Zugehörigkeit von Arbeitnehmern zu bestimmten Organisationen entschieden werden könnte.

Änderungen in den Fraktionen der R. N. G.

(Eigene Meldung.)

Wie wir erfahren, sind die Abgeordneten Beethle und Eichhorn zur kommunistischen Arbeitsgemeinschaft übergetreten, die damit die Fraktionsstärke von 16 Mann besitzt. Die Kommunisten verfügen nunmehr nur noch über 11 Abgeordnete, so daß sie nicht mehr in der Lage sind, eine Fraktion zu bilden.

Der preussische Haushaltsplan für 1922.

Im preussischen Landtage führte bei Einbringung des Haushaltsplanes für 1922 Finanzminister Dr. Richter u. a. das Folgende aus: Der Haushaltsplan schließt in Einnahme und Ausgabe mit über 29 Milliarden M. ab. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 3519 Mill. M. Aus der Reichseinkommensteuer fließen uns rund 12400 Mill. M. zu. Davon erhalten die Gemeinden 2800 Mill. M. Der Haushaltsplan für 1921 wies einen Haushaltsdefizit von 2,4 Milliarden auf, die noch zu decken sind. Im Reichshaushaltsplan sind jetzt die Einnahmen aus der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer ganz bedeutend gewachsen. Das muß auch für Preußen eine Steigerung der Einnahmen aus diesen Quellen um 2225 Mill. M. bedeuten. Dieser Verbesserung stehen aber außerordentlich hohe Ausgaben gegenüber, insbesondere die durch die Bekämpfung der Beamtenbeholdung verursachten. Der Gesamtanteil Preußens an den Staatsausgaben des Reiches wird sich gegen das Vorjahr um rund 4 Milliarden M. steigern. Der Minister wies auf die ungetreue Belohnung hin, die dem Staat aus der durch die Geldentwertung bedingten Erhöhung der Beamtengehälter erwachsen. Die Länder können unter diesen Umständen ihrer Pflicht nur nachkommen, wenn sie vom Reiche nicht nur Zuschüsse, sondern auch Zuschüsse erhalten. Das Reich muß sich daran allerdings Bedingungen. Bei der schlechten Finanzlage des Reiches aber ist es verständlich, daß es von den Ländern die allergrößtmögliche Wirtschaft verlangt. Einige Gemeinden haben tatsächlich bei der Bemessung der Beamtengehälter nicht das Maß gehalten, das durch die schlechte Finanzlage geboten ist. Es geht nicht an, daß die Staats-

beamten schlechter bezahlt werden als die Gemeindefunktionäre. Es müssen möglichst die staatlichen Betriebe beweglicher und kaufmännisch modern gestaltet werden. Die durch den Krieg entstandenen Kosten müssen Preußen schneller als bisher aus dem Reiche erstattet werden. Die Folgen des Londoner Ultimatum waren geradezu katastrophal für Preußen und das Reich. Fast die ganze Hälfte des Auslandbedarfes des Reiches muß heute durch Notennachschuß gedeckt werden. Die in London übernommenen Kassen haben sich für uns schon um mehr als das Dreifache vermehrt. Die letzten Stimmen aus London zeigen die Ansicht, daß eine gewisse Wirtschaftsharmonie aller Völker notwendig sei. Nicht irgendwelche Sympathie für uns, aber die eigenen Interessen der Länder werden sie nötigen, sich die Frage vorzulegen, ob sie bei der Fortsetzung der unsummen Politik gegen Deutschland nicht ihr eigenes Volk am schwersten schädigen. Aus Amerika kommen auch wertvolle Stimmen. Alles das läßt die Möglichkeit offen für die keine Hoffnung, daß wenigstens in absehbarer Zeit bessere Zeiten kommen werden. Wenn das deutsche Volk sieht, daß es nicht vernichtet werden soll, dann wird es sein Möglichstes tun, um sich seine Stellung im Rate der Völker wieder zu erringen. Wir können nur durch Anspannung aller Kräfte, durch Arbeit zeigen, daß wir in diesen ersten Zeiten alles tun werden, um wieder zu sachlichen, friedlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu kommen.

Die Erweiterung der bayerischen Regierungskoalition.

(Eigene Meldung.)

Im Anschluß an die vor einigen Tagen stattgefundenen interfraktionellen Besprechungen über die Frage der Erweiterung der bayerischen Regierungskoalition hatte der „Bayerische Kurier“, das Organ der Bayerischen Volkspartei, berichtet, daß über dieses Problem unter den Regierungsparteien Übereinstimmung besteht, indem die Deutschnationalen Bayerische Mittelpartei in die Regierung übernommen werden solle. Diese Darstellung wird von der „Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz“ als unrichtig bezeichnet. Die demokratischen Vertreter hätten bei den diesbezüglichen Verhandlungen nur die grundsätzliche Bereitschaft ihrer Fraktion zu Besprechungen erklärt; nicht mehr und nicht weniger. Ihren Entschluß zur Frage der Koalitionserweiterung mache die demokratische Fraktion von dem Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig.

Die Franzöisierung des Saargebietes.

Nachdem in Saarbrücken bereits drei französische Banken Zweigstellen besitzen, wird demnächst ein viertes französisches Bankunternehmen, die Banque de Rhin in Saarbrücken, eine Filiale eröffnen, für welche die Räumlichkeiten bereits gemietet worden sind.

Eine polnische Propagandastelle in Memel.

(Eigene Meldung.)

In Memel haben die Polen mit Erlaubnis der Franzosen eine amtliche Propagandastelle eingerichtet, die der polnischen Propaganda in Litauen als Stützpunkt dienen soll. An ihrer Spitze steht ein polnischer Agent aus der Adhimmungszeit, der nach der Abkündigung des Ab-

stimmungsgebiet verlassen hatte, nunmehr aber wieder versucht, als Verbindungsglied zwischen Ostpreußen und Ostpreußen aufzunehmen.

Deutschland und Lettland.

(Eigene Meldung.)

Die politischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Lettland sind vor kurzem abgebrochen worden, während die Wirtschaftsverhandlungen weiter fortgesetzt wurden. Wie wir an maßgebender Stelle erfahren, werden auch die politischen Verhandlungen demnächst wieder aufgenommen, da die Unstimmigkeiten ausgeglichen werden dürften. Durch das Wiedereinsetzen des Kontakts in Riga ist es dem deutschen Interesse möglich gemacht worden, ihre Waren und ihre Ratgeber in eigens dazu eingerichteten Räumen auszustellen, um die lettische Bevölkerung von der Güte der deutschen Waren überzeugend überzeugen zu können.

Die Ukraine und Deutschland.

(Eigene Meldung.)

Von gut unterrichteter Seite hören wir, daß zwischen der Ukraine und Deutschland Verhandlungen zwecks Schaffung eines Bankunternehmens schweben, das es sich zur Aufgabe macht, den deutsch-ukrainischen Handel durch Erleichterung des Geldverkehrs zu beleben. Wie es heißt, soll an diesem Unternehmen auch die deutsche Regierung beteiligt werden, während die Gestaltung der lettischen Seite des Unternehmens den anderen Banken überlassen werden soll. Beteiligt sind ferner solche Deutsche, die in der Ukraine Besitztümer haben. Auf ukrainischer Seite kommen Privatleute nicht in Betracht, sondern lediglich die jetzige Sowjetregierung der Ukraine. Bei den Verhandlungen konnte eine Vereinbarung wegen der unzureichenden Garantien von ukrainischer Seite noch nicht erzielt werden. Man hofft jedoch, daß bereits im Frühjahr die Verhältnisse in der Ukraine politisch wie wirtschaftlich sich wesentlich gebessert haben, und daß der Handel wiederum ohne große Schwierigkeiten aufgenommen werden kann.

Die amerikanischen Schadenersatzforderungen an Deutschland.

(Eigene Meldung.)

Die amerikanischen Schadenersatzforderungen an Deutschland waren Gegenstand einer Besprechung des Präsidenten Harding und des Staatssekretärs Hughes mit den Führern der beiden Fraktionen des Senats. Es wurde beschlossen, Verhandlungen mit Deutschland zwecks Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages einzuleiten. Ein dazwischen vorgefallener besondertes Spruchhof soll über die Höhe der einzelnen Forderungen entscheiden. Staatssekretär Hughes wird in Kürze die vorbereitenden diplomatischen Schritte durch den amerikanischen Botschafter in Berlin unternehmen lassen. Die Behandlung des deutschen Eigentums in Amerika wurde ebenfalls, allerdings dem Kabinett das Recht zugesprochen, mit dem deutschen Eigentum so zu verfahren, wie es dem Kabinett zweckmäßig erscheint.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 26. Januar.

Von den Dresdner Kunstsalen.

Den großen Erdgeschloßsalen in der Galerie Arnold fällt jetzt eine Ausstellung von Werken Heinrich Franz-Drebers. Er ist einer jener deutschen Maler, die, wie Ferdinand v. Spath, ebenfalls ein Sachse, jahrelang verdrängt gewesen sind und erst durch die Wiener Jahresausstellung von 1906 preiswürdiger Anerkennung erlangt wurden. Er wurde am 9. Januar 1822 in Dresden geboren, erhielt seine künstlerische Ausbildung an der Dresdner Akademie und folgte hier besonders den Unterweisungen Ludwig Richters. Im Jahre 1843 begab er sich nach Rom, wo er mit kurzen Unterbrechungen bis zu seinem frühen Tode — er starb am 3. August 1875 — verblieb.

Künstlerisch bildet Franz-Dreber das Bindeglied zwischen Joseph Koch und Arnold Böcklin. Er sieht die Landschaft zwar mit poetisch empfundenem Blick, aber er sieht sie doch treulich, treulicher als Treiber. Seine Motive entstammen er fast ausschließlich der sächsischen Natur, die er mit harter Beobachtung betrachtet und, um ihr Größe zu geben, mit der Antike entnommenen Stoffen bevolkert. Das gibt seinen Gemälden einen schönen Zug der Innerlichkeit und Tiefe, wie das ja auch seinem Wesen als Mensch entspricht. Er war, schon infolge seiner zu immerwährendem Kränkeln neigenden Natur, ein stiller, in sich gelehrter Charakter, der sich ein ganz bestimmtes materielles Ideal gebildet hatte, dem er mit großer Hingabe nachlebte. Er fand dieses Ideal in der harmonisch geordneten Landschaft Roms, der allem der Campagna, die er nicht in schwärzlicher Farbenstimmung wiederholte, sondern in still-verklärten, sattem, etwas dunklem Rotbraun, immer durchwegs dem Gemütsbildern an seine deutsche Heimat.

Er ist als Maler, trotzdem er sojungen sein ganzes künstlerisches Leben in Italien verbracht hat, nie Italiener geworden, sondern immer Deutscher geblieben, und auch dort, wo er seine Landschaft mit Figuren schmückt, verleiht ihn sein deutsches Fühlen nicht. Seine Figuren tragen nur antike Gewänder, aber sie sind deutsche Herzen und Hirnen, Sängler und Wanderer, Elfen und Götter. Es liegt feierliche Ruhe über seinen großgehauenen Landschaften mit ihren reich gegliederten Vordergrund und ihren weiten, busigen Fernen; aber er weiß auch idyllische Kamut wunderbar wiederzugeben. Das schöne große Gemälde „Bild mit altem Sängler und lauschendem Hirtenweib“, das ein Geschenk von Frau Dr. Erberg in Leipzig, sich im Besitze unserer Gemäldegalerie befindet und für diese Ausstellung herbeigeholt worden ist, ist ein charaktervolles Beispiel für die reiche Form seiner Arbeit, das Bild „Mädchen mit Amoretten“ ein ebenso beachtenswertes Beispiel für die andere Art seines Schaffens. Bewundernswert ist die Sorgsamkeit seiner Hand. Ihr erscheint nichts im Landschaftsbild unwichtig. Dabei ist er keineswegs feindselig. Er malt mit ebenso großen gleichmäßigen wie farblichen Schwünge.

Man kann es begreifen, daß sich Arnold Böcklin, der künstlerisch so eigenwillige, ja hochmütige Künstler, innig an Franz-Dreber angeschlossen. Er fand in ihm nicht nur einen Mann von hohen Menschheitswerten, sondern auch einen Maler, von dessen vornehmer künstlerischer Art er mancherlei für sich gewinnen konnte. Denn die künstlerische Art Franz-Drebers war der seinigen wohlverwandt; auch er, wie Franz-Dreber, ließ es sich nicht daran genügen, die Natur zu abzeichnen, sondern er erfüllte sie, wie treulich er immer auch sie betrachtete, mit dem Gehalt seiner künstlerischen, mit innerem Leben; auch er erhob, gleich Franz-Dreber, das Landschaftsbild zu feierlicher Schönheit, und wenn er das auch mit ungleich härterem farblichen Temperament tat als Heinrich Franz-Dreber, so wurde er letzten Endes in seinem künstlerischen Fühlen

doch von denselben Idealen geleitet, die Franz-Dreber erfüllten.

Es ist zu verwundern, daß ein kleines Neuenhauer Vergehen machte, ehe die Kunst die Bedeutung dieses Malers erkannte; er teilt in dieser Beziehung sein unverdientes Schicksal mit manchem anderen Maler aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, dessen Bedeutung auch erst erkannt wurde, nachdem er längst gestorben war. Franz-Dreber freilich hat auch nie nach der Kunst der Menge gestrebt; er malte sojungen für sich, zu seiner Freude, und er konnte dies auch, denn er war ein Mensch, der alle seine Sehnsüchte erfüllt sah, wenn er eine Leinwand vor sich hatte und auf ihre niederzuschreiben konnte, was seine Schönheitserfüllten Augen sahen und seine trankene Phantasie erfüllte.

Man darf es der Galerie Arnold aufrichtig dank wissen, daß sie erneut die Aufmerksamkeit der Kunstfreunde auf diese begabte Künstlerpersönlichkeit lenkt, die ihren vollberechtigten Platz in der Geschichte der deutschen Kunst verdient und sehr zu Unrecht lange Jahre hindurch zu den fast Vergessenen gehört hat.

„Kunststoffe“?

Zu dem vor einiger Zeit von uns wiedergegebenen Bericht des Apothekers Paul Schneider über seine Erfindung hochwertiger Kunststoffe leidet uns Prof. Dr. H. v. Balthar (Organisch-chemisches Laboratorium der Bergakademie Freiberg) folgende Ausführungen:

Vor einigen Wochen erregte eine Zeitungsnote über die Herstellung einer Kunststoffe das Interesse der Allgemeinheit. Neuerdings hat nun der Erfinder, Apotheker Ludwig Prädner vom medizinischen Untersuchungsamt in München, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter des „Dornstädter Zeitung“ einige nähere Angaben gemacht, die freilich eher gerümpelt sind, die Zweifel und das Misstrauen von Sachverständigen über den Wert dieser Erfindung zu verwickeln als zu beseitigen. Der Erfinder nimmt als Ausgangsmaterialien toluen-

haltige „Gefleinsarten“, vermischt sie mit einem „Mineral“ und bringt das Gemisch mit chemischen Zusatzmitteln und durch Druck in Prillform. Diese „Kunststoffe“ soll einen Kohlenstoffgehalt von 60 bis 90 Proz. besitzen und einem hochwertigen Anthrazit ebenbürtig sein. Wenn Prädner dieser Kunststoffe vermögen ein Zimmer zu angenehmer Temperaturhöhe anzuhängen, wobei die ganze Menge 200 g Höhe (gleich 4,44 Proz.) hinterläßt. Die Probe auf die Reißfestigkeit seiner Kunststoffe will Prädner vor einer Vereinigung von Sachverständigen durch einen Vergleichenden Schwereversuch mit Kunststoffe einerseits und Anthrazit andererseits gemacht haben mit dem Ergebnis, daß das Gas aus der Kunststoffe intensiver und länger brannte als das aus Anthrazit. Der Heizwert seines Produktes soll ungefähr 796 betragen. Diese Angaben genügen, um eine scharfe Kritik herauszufordern; denn sie erregen den größten Zweifel an der Zuverlässigkeit des Erfinders und der Sachkenntnis der Sachverständigen. Eine Kunststoffe zu erzeugen, die in der Gesamtheit dem Anthrazit überlegen ist, ist natürlich keine Kunst. Hochzeiten sollte es bekannt sein, daß gerade Anthrazit besitzt wenig Gas liefert! Prädner nimmt „Gefleinsarten“ und ein „Mineral“ als Ausgangsmaterial und trotzdem liefert seine Kunststoffe bei der Verbrennung nur 4,4 Proz. Höhe, also weniger als viele Strinkohlen bester Sorte des hochwertigen Braunkohlenfeldes. Wenn die Heizwertbestimmung etwa 796 W.-E. liefert, so ist damit gesagt, daß sein Produkt nicht einem hochwertigen Anthrazit gleichkommt, sondern sogar schlechtem Braunkohlen abfällt und sonstigen minderwertigen Braunkohlen unterlegen ist; daraus geht hervor, daß die Erfindung wirtschaftlich keinen oder nur sehr geringen Wert hat. Wenn dem Erfinder schon Mitteilungen zur Finanzierung angeboten werden sind — woran ich nicht zweifle —, so möchte ich den betreffenden Interessenten Bericht anraten.

lung zwischen den Griechen und Türken in ihren Grundzügen aufzuheben. Das Blatt ist aber der Ansicht, daß sich eine Besprechung über die Vorbereitung zur Genuer Konferenz nicht umgehen lassen werde. Nach den letzten Nachrichten aus Rom ist ein zweites Telegramm von Tschitscherin eingegangen, in dem er die Absicht der Sowjetregierung, an der Konferenz teilzunehmen, darlegt, ohne dem Telegramm den Charakter einer offiziellen Annahme zu geben. Dies letztere sei besonders beachtenswert, weil eine offizielle Annahme gleichzeitig einen Anschluß an die in Genua festgelegten Grundzüge in sich schließen würde. Bis jetzt seien zwei Tatsachen sicher: 1. daß die Bolschewisten auf ein gemeinschaftliches Vorgehen mit Deutschland hinarbeiten, und 2. daß die Verbündeten es angeht, dieser Tatsache für ihre Pflicht halten, ebenfalls sich auf eine gemeinsame Aktion festzusetzen. Über die kommenden Verhandlungen der Außenminister über die Orientfrage schreiben die „Times“: Die Schwierigkeiten zwischen den Verbündeten dürfen nicht als Entschuldigung für die Verzögerung gelten, sondern sie müssen im Gegenteil ein Mittel zu einem gemeinsamen Vorgehen bilden. Das Blatt hofft, daß die Zusammenkunft der verbündeten Außenminister als Ergebnis nicht nur eine formale Vereinbarung haben werde, sondern ein fest umrissenes Programm. Nach Ansicht der „Times“ entwickelt sich die Lage im Orient immer mehr zugunsten der Entente.

Griechischer Kriegsertrag.

(Eigene Meldung.)

London, 26. Januar. Die die „Times“ aus Athen meldet, ist der Chef des griechischen Generalstabes und die hohe Generalität nach Smyrna zur Teilnahme an einem Kriegsrat abgereist. Der Kriegsrat soll endgültige Beschlüsse hinsichtlich des türkisch-griechischen Feldzugs fällen. Aus Smyrna kommt die Nachricht, daß in der Nähe des Hafens türkische Unterseeboote gesehen wurden. Die griechischen Behörden haben daher Befehl gegeben, sämtliche Leuchttürme zu löschen und keinem Schiffe während der Nacht Einfahrt zu gestatten.

Griechenland und die Kleine Entente.

Paris, 26. Januar. Wie der „Matin“ aus Belgrad meldet, legt König Alexander aus Anlaß seines letzten Besuchs beim rumänischen Königspaar dem in Anisla anwesenden Kronprinzen Georg von Griechenland nahe, er möge seinen Vater, den König Konstantin, veranlassen, auf den Thron zu verzichten. Sowohl der König von Serbien wie der König von Rumänien haben für den Fall, daß Kronprinz Georg in nächster Zeit den Thron von Griechenland bestiege, Griechenland den Einfluß in die Kleine Entente und den Abschluß einer Militärkonvention zwischen Rumänien, Serbien und Griechenland in Aussicht gestellt, um den status quo auf dem Balkan zu sichern. Der Kronprinz übernahm die Mission.

Rußlands Erwachen.

Zeit Lord George mit dem Vorschlag, die Sowjetregierung nach Genua einzuladen, den Anstoß dazu gegeben hat, daß sich das Interesse der Politiker wieder in erhöhtem Maße Rußland zuwenden, häufig sich die Nachrichten über Beratungen, die den Wiederanbau Rußlands betreffen. So haben sich die Amerikaner auf der Konferenz in Washington redlich bemüht, die politische Lage im östlichen Rußland zu klären. Gestern wurde auf der Konferenz im Ausschuss für den ferneren Osten der amerikanische Vorschlag, der sich auf die militärische Räumung der russischen Gebiete und die Beilegung jeder bevorzugten Stellung in den besetzten Gebieten bezieht, zur Annahme empfohlen. Der französische Vertreter Sarraut erinnerte daran, daß Frankreich vielleicht der älteste Verbündete Rußlands sei. Er erklärte sich von der formalen Versicherung Japans, daß die japanischen Truppen sobald wie möglich aus Rußland zurückgezogen werden würden, und daß in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht eingegriffen werden solle, befriedigt. Er fügte hinzu, Frankreich beabsichtige die Integrität Rußlands zu achten und sich in die russische Innenpolitik nicht einzumischen. Die japanische Erklärung wurde darauf mit der amerikanischen Antworterklärung angenommen und kann man der Meinung sein, daß diese Auslands zum Wiederaufbau Europas ebenso nötig bedürfen wie Rußland ihrer zu seinem Aufbau. Die Einladung nach Genua werde infolgedessen nicht mit zu großer Begeisterung aufgenommen. So hielt vor einigen Tagen auf der Konferenz der Arbeiterjugend Trotzki eine Rede, in der er u. a. sagte, ob es für uns viel Zweck hat, nach Genua zu gehen, mag zweifelhaft sein. Aber es ist zu bemerken, daß Frankreich, das immer erklärt habe, es werde sich nicht mit uns an einen Tisch setzen, vor uns kapituliert hat. Jedenfalls werden wir nichts verlieren, wenn wir auf der größten internationalen Konferenz, die wir einberufen worden ist, mit mehreren Gruppen gleichzeitig verhandeln.

Zwölftes Verichte.

Warschau, 26. Januar. Der frühere russische Minister des Äußeren Kasanow erklärte gegenüber einem dortigen Blatte, mit Bedauern müsse er feststellen, daß die in Berlin gedruckten Dokumente über die Vorgeschichte des Krieges nicht seien. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt, die Annahme, daß die von ihm veröffentlichten Berichte Zwölftes aus der Dokumenten-

sammlung des früheren russischen Legationssekretärs in London Siebers herabzuleiten, sei durchaus irrtümlich. Siebers habe damit nicht das mindeste zu tun.

Die russische Hungernot.

Genf, 26. Januar. In seinen Ausführungen auf der Konferenz des Internationalen Komitees für die Rußlandhilfe schildert Kanner die furchtbare Hungernot in Rußland, die unauflöslich weiter um sich greife und jetzt ein von fast 32 Mill. Menschen bewohntes Gebiet umfaßt. 19 Mill. seien unmittelbar vom Tode bedroht, davon 15 Mill. auf jeden Fall rettungslos dem Tode verfallen. Alle diese Menschen, erklärte Kanner, hätten gerettet werden können, wenn sein Appell im September v. J. gehört worden wäre. Wenn aber diejenigen, denen noch zu helfen sei, nicht ebenfalls umkommen sollten, so müßten die Regierungen jetzt eingreifen und dürften keinen Tag mehr verlieren. Auch die Auswahl der zu rettenden Gebiete und der einzelnen Bevölkerungsarten stelle ein Problem von furchtbarer Tragik dar. Es entspann sich auf der Konferenz eine kurze Debatte darüber, ob man zuerst Kinder oder die für die Landarbeit notwendigen Erwachsenen vom Hungertode retten solle. Nach Kanner wies der Oberkommissar des Völkerbundes zur Bekämpfung von Epidemien White auf die Gefahren hin, die sich aus der Hungernot in Rußland für die übrige Welt ergeben könnten, da man wohl die Hungernot, aber nicht die aus ihr entstehenden Krankheiten auf ein einziges Land beschränken könne. Wie aus dem Finanzbericht, der hieran erstattet wurde, ersichtlich ist, sind außer gewissen Naturalleistungen bisher für die Ziele Kanners in den einzelnen Ländern etwa 28 Mill. Goldmark angebracht worden, die aber bald aufgebraucht sein werden, sobald eine steigende finanzielle Hilfe notwendig ist. Die größte Hilfsbereitschaft entfaltete bis jetzt Amerika. Deutschland, dessen Bemühungen Kanner wiederholt erwähnte, stellte bis jetzt etwa 7 Millionen zur Verfügung.

Washington und die Landabrisung.

(Eigene Meldung.)

Washington, 26. Januar. Die Frage der Landabrisung ist noch immer Gegenstand der Verhandlungen. Insbesondere die Amerikaner drängen darauf, daß die Konferenz nicht auseinandergeht, ohne vorher durch einen Beschluß zum Ausdruck zu bringen, daß die Abbrüchungskonferenz die teilweise hohen Heeresbestände der einzelnen Staaten als nicht mehr notwendig bezeichnet und die Regierungen empfehle, im Interesse der Völkerfriede die Abbrüchungen abzubauen. Der „New York Herald“ meldet aus Washington: Die Abbrüchungskonferenz soll ihre Verhandlungen mit einer Resolution über die Landabrisungen abschließen, der wahrscheinlich die bekannte Rede Briand's zugrunde gelegt werde. Balfour und seine Kollegen treffen Vorbereitungen, um Amerika am 7. Februar zu verlassen.

Die gefährliche Lage in Indien.

London, 26. Januar. Lord Northcliffe wies bei seiner Abreise aus Indien in Bombay in einer Erklärung auf die gefährliche Lage in Indien hin, von der man sich in England keine genügende Vorstellung mache. Die Mohammedaner und Hindus bereiten Unruhen vor. Die indischen Zeitungen fördern die Weichen zum Verlassen des Landes auf. Die Mohammedaner seien erbittert wegen der britischen Politik gegenüber der Türkei und erklären, Adrianopel und der Teil Kleinasiens, welcher der Türkei durch den Vertrag von Terevot genommen wurde, müßten ihr zurückgegeben werden. Die Mohammedaner wünschten auch, daß der Sultan als Haupt des Islams und als Hüter der heiligen Orte Mekka, Medina und Bagdad anerkannt werde.

Joffre in Japan.

London, 26. Januar. Der französische Marschall Joffre ist in Tokio eingetroffen. Die japanische und chinesische Presse bringt diesen Besuch Joffres in Zusammenhang mit dem französischen Wunsch, mit Japan über die Beziehungen in Ostasien bestimmte Vereinbarungen zu treffen. Vorverhandlungen haben bereits Ende des vorigen Jahres zwischen der französischen Regierung und dem japanischen Botschafter in Paris begonnen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die heute eingegangene Nr. 10 des Reichsgesetzblattes enthält: Bekanntmachung betr. die Bezeichnung des nach Art. 304 des Vertrags von Versailles errichteten deutsch-ital. Gemischten Schiedsgerichtshofs, und Verordnung, betreffend Änderung der Besoldung.

Vom Landtage.

Dresden, 26. Januar.

Präsident Präbischhoff eröffnete die heutige Sitzung mit der Trauerbotschaft von dem Tode des Abg. Sindermann (Eoz) und wählte ihm einen warmen Nachruf. „Er war“, so führte der Präsident aus, „ein so tüchtiger und guter Kollege, daß seine Fortwesenheit die das Verhältnis zwischen ihm und den Kollegen aller Parteien getrübt haben. Die Mitglieder des Hauses werden sein Andenken stets in Ehren halten.“ Zum Zeichen dessen er-

hob sich das Haus vom den Plätzen. Hierauf wurde in die Beratung der gestern mitgeteilten Tagesordnung eingetreten. Die Sitzung dauerte bei Schluß der Redaktion fort.

Über die zweckmäßige Gestaltung und Durchführung der Besoldungsordnung hielt am Mittwoch nachmittag im Saale der vormaligen ersten Ständekammer des Landtagsgebäudes Hr. Abg. Dr. Seyfert einen Vortrag. Seine Zuhörer waren Mitglieder der Regierung und des Landtages. Der Redner bemerkte einleitend, daß die unmittelbar bevorstehende Verhandlung der Regierungsvorlage Nr. 97 im Landtag, betreffend die Auszahlung der Dienstbezüge der Volls- und Fortbildungsschullehrer unter Mitwirkung von Gehaltsrechnern, sowie die Bekanntmachung des Finanzministeriums über die Auszahlung der Bezüge der Ruhegehälter, Witwen und Waisen den Anlaß zum Vortrage gegeben habe. Als im Mai 1920 beschlossen wurde, in die Besoldungsordnung auch die Lehrer mit einzubeziehen, wurden die örtlichen Gehaltsstellen beseitigt. Für die staatliche Gehaltsregelung ergab sich eine umfangreiche Mehrarbeit, denn es kamen ungefähr 19 000 neue Gehaltsempfänger in Betracht. Der Vortragende wies dann im einzelnen nach, welchem Wechsel die Besoldungsregelung innerhalb der Zeit vom 1. April 1920 bis 1. Januar 1923 unterworfen war. Zu dieser Überleitung käme noch die Einordnung in die Dreiklassen, und es sei schlechterdings nicht möglich, auf diesem Wege weiterzugehen. Um Abhilfe zu schaffen, müsse eine grundsätzliche Abänderung in Frage kommen. Hierzu forderte der Redner zunächst eine Vereinfachung des rein technischen, vor allem die Berechnung der Gehälter nicht nach Jahres-, sondern Monatsheften. Ferner müsse man die gesetzlichen Bestimmungen verständlicher machen und dazu gleichzeitig die notwendigen Hilfsmittel bieten. Der Vortragende umfingried im weiteren die erstrebte Vereinfachung und redete dabei der Schaffung eines Typenverfahrens das Wort, das mit Leichtigkeit die Befolgung einer Gehaltsliste gestatte. Als eine der wichtigsten Forderungen stellte der Redner über jene hin, wonach die Bezüge von Gehaltsempfänger selbst festgesetzt werden. Nicht Gehaltsanweisung, sondern eigene Gehaltsberechnung sei wünschenswert. Das gleiche müsse auf die Bezüge der Ruhegehälter, Witwen und Waisen angewendet werden. Viel Sorge und Verbitte- rung werde damit den Betroffenen erspart. Auch diese Forderung, deren Erfüllung eine vollständige Veränderung des bisherigen Verfahrens bedeuten würde, begründete der Vortragende in eingehender Weise unter Vorlegung praktischer Vorschläge auf das vorgeschlagene Typenverfahren zurückkommend, wünschte diesem der Redner mögliche Ausdehnung und ferner, daß der gesamte Beamtenstand als eine einzige große, einheitlich zu behandelnde Menge von einer Zentrale aus bearbeitet würde. Eine schnelle und pünktliche Erledigung der Besoldung sei auch im Interesse des Staates und der Staatsgewinnung erforderlich. Die zum Teil mit tabellarischen Darstellungen belegten Ausführungen fanden das ungeteilte Interesse der Zuhörer. In der nachfolgenden Aussprache dankte zunächst Hr. Ministerialdirektor Dr. Hedrich dem Redner für den ausredenden Vortrag und stellte hierauf dem Vortragsenden einige sachliche Bedenken entgegen. Das gleiche geschah auch durch Hr. Oberregierungsrat Schulze, der aus der Praxis heraus gegen einen Teil des Vortrags Einwendungen geltend machte. Mit einer kurzen Erörterung des Vortragenden endete die Sitzung.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, den 26. Januar.

Ausstellung Schaffen und Können der deutschen Frau.

(13.—21. Mai.)

Der Hausfrauenverein von Dresden und Umgebung, die Arbeitsstelle für deutsche Wirtschaft in Berlin, der Verband für deutsche Frauenkleidung und Kultur, Ortsgruppe Dresden, der Verband der landwirtschaftlichen Frauenvereine e. V., die Frauengruppe Dresden des Deutschen Offiziersbundes und die Ausstellungsgesellschaft für Industrie und Handel in Dresden veranstalten im Mai d. J. in Dresden gemeinsam die Ausstellung „Schaffen und Können der deutschen Frau“. Es ist hierzu von den Verbänden ein Wettbewerb vorgeschrieben, in dem der deutschen Hausfrau Gelegenheit geboten werden soll, ihr Können und Jutaten sollen geschaffen und gearbeitet werden: Kleider, Mäntel, Morgenröde, Hüten, Kinderkleider, Wäsche, Schürzen, Hüte, Handarbeiten aller Art, Spielzeug und dergleichen mehr. Für diesen Wettbewerb sind als Preisrichter erste Sachleute und sonstige bekannte Persönlichkeiten gewonnen. Ten Abschluß des Wettbewerbs bildet die schon genannte Ausstellung. Am 12. Mai werden die eingegangenen Wettbewerbszeugnisse präsentiert und am 13. Mai wird die Ausstellung eröffnet, die bis zum 21. Mai dauern soll. Dort werden zunächst die Ergebnisse des Wettbewerbs gezeigt und weiter werden auch verschiedene Abteilungen angegeschlossen, in denen Handel und Industrie zur Geltung kommen sollen. Zugelassen zur Besichtigung dieser Ausstellung sind Handarbeiter und kunstgewerbliche Erzeugnisse, Porzellan, Parfümerien, Jutaten für Handarbeiten der verschiedenen Art, sowie alle Materialien für diese, Damen- und Kinderwäsche, Spitzen und Stidereien, moderner Haarschmuck, Lederwaren, Lampen und

Lampenschirme, Hauskleidung, Stoffe und Ornate, Schmuck u. a. m. Der Ausstellungsausschuss, der sich aus den nachgenannten Mitgliedern: Frau Ehe Bedmann, Hr. Dr. Ulmer, Frau Bertha Rupp, Frau Anna Kühn, Frau Marie v. Laffert, Frau Olga Rau, Frau Auguste v. Litzow, Frau Marie Opiß, Frau v. Pfugl, Hr. Johannes Pipping und Hr. Annemarie v. Schönberg zusammensetzt, wird die Prüfung der angemeldeten Erzeugnisse vornehmen und streng darauf achten, daß nur Qualität und nur deutsches Fabrikat zur Ausstellung zugelassen wird. Die Ausstellungsgelung liegt in den Händen des Werbeschmames Johannes Pipping. Die Geschäftsstelle befindet sich Feldherrenstraße 8. Dort werden mündliche und durch die Nr. 32829 auch telephonische Auskünfte gern erteilt. Es wird gebeten, die Anmeldungen für die Ausstellung umgehend einzureichen, da der nahe Termin der Ausstellung die Vorarbeiten auf eine kurze Zeit zusammenbringt.

Der Rat zu Dresden hielt am vergangenen Dienstag seine Gesamtsitzung ab, in der beschlossen wurde, dem abweichenden Beschluß der Stadtverordneten wegen Ausdehnung des Preßbetrags im städtischen Haushaltsplan für 1921 beizutreten. Damit wird der Erhebung eines Zuschlags von 150 Proz. zur Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1921 und der von den Stadtverordneten gewünschten Anweisung an das Steueramt zugestimmt, daß Parteien in weitgehendem Umfang, insbesondere auch durch Zahlungsvereinfachungen auszugleichen sind und dabei der Zuschlag auf Antrag in der Regel auf 75 Proz. zu ermäßigen ist, wenn der gewerbliche Ertrag 30 000 M. nicht übersteigt. Die in dieser Angelegenheit beim Räte eingegangenen Eingaben werden durch den gefassten Beschluß für erledigt erklärt. Der bei Ausbesserung der Holzbrücke nach der Schlachthofinsel durch Feststellung größerer Schäden und Preissteigerungen erwachsene Mehrbedarf von rund 900 000 M. soll aus der Anleihe und dem Rücklagefonds der Straßenbahn nachbewilligt werden. Ferner hat der Rat die vom Personalamt aufgestellte neue Ordnung für die wissenschaftlichen, künstlerischen und technischen Angestellten genehmigt. Der Erhöhung des Gehälterns für die städtischen Marktstellen vom 1. Februar 1922 ab ist nach den Vorschlägen der Marktverwaltung ebenfalls zugestimmt und der zweite Nachtrag zur Ordnung für die städtischen Marktstellen genehmigt worden. Desgleichen ist der auf Grund des Gesetzes über Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gehaltssätze der Beamten vom 6. Oktober 1921 aufgestellte zweite Nachtrag zum Ortsgehalt über die Unterstützung der im Ruhestande befindlichen Stadtbeamten, monats u. a. die Ruhestandsunterstützung auf jährlich 1000 bis 3000 M. (nach 30 Dienstjahren) erhöht wird, genehmigt und zur Nachzahlung der erhöhten Unterstützungen auf die Zeit vom 1. April 1921 ab ein Berechnungsbetrag von 45 000 M. bewilligt worden. Wegen Erhöhung des Feuerungszuschlags zu den Dienstbezügen der Beamten und Angestellten hat der Rat beschlossen, nach dem Reichstage am 21. Januar 1922 vorabzubezahlen 10 000 M. der Dienstbezüge von 20 auf 40 Proz.) zu verfahren. Die Auszahlung soll nach der Regelung beim Staate erfolgen.

Das Polizeipräsidium wird in einem demnächst stattfindenden Demonstrationsvortrag einem größeren Kreise von Interessenten eine Polizeimodernanlage vorführen, die seit längeren Jahren in einigen amerikanischen Städten erfolgreich benutzt und zuerst von der Firma Siemens & Halske für die Stadt Berlin im Berliner Polizeipräsidium ausgebaut wird. Die Vorteile dieser Anlage bestehen für das Publikum freizigentlich in der schnellen, von Zeitern freien Bedienung und der Möglichkeit, sofort von jeder zugänglichen Stelle polizeiliche Hilfe herbeizurufen. Dadurch wird sie auch für die Polizei selbst zu einem modernen, schnell und zuverlässig arbeitenden Hilfsmittel. Sie ermöglicht es vor allem, unterwegs befindliche Sicherheitsmannschaften auf ihren Patrouillengängen von wichtigen Vorkommnissen zu unterrichten, weitere Hilfe bei Verhinderung herbeizurufen, die Beamten selbst auf ihrem Rundgange zu kontrollieren sowie jeden etwa beobachteten Vorfall sofort an das Polizeipräsidium bez. die Polizeiwachen zu melden. Die Anlage besteht aus einzelnen Apparaten, die ähnlich den Feuermeldern auf öffentlichen Straßen und Plätzen aufgestellt und von den Beamten zur Erhaltung von Meldungen benutzt werden können. Auch Zivilpersonen können unter bestimmten Voraussetzungen Schlüssel für diese Apparate erhalten. Jeder Apparat hat ein ihm eigenartliches Zeichen, das er an die Zentrale im Polizeipräsidium gibt, die wiederum den Ruf durch die anderen Straßenapparate mit Hilfe von lautstimmenden Beckern oder Leuchtblinzellichtern an die patrouillierenden Beamten weitergeben bez. Mannschaften von den zunächst gelegenen Wachen an die um Hilfe bittende Stelle beschicken kann. Nach jeder Privatmann und jedes Geschäft kann sich an die Anlage anschließen und hat dadurch ebenfalls den Vorteil, mit der denkbar größten Sicherheit und Schnelligkeit bei Gefahr im Verzuge polizeiliche Hilfe zu erhalten.

Im Jritus Sarrazani tagt Freitag nachmittag der Deutsche Landbund. Am Abend findet im Jritus eine Galavorstellung statt, die außer dem Refordprogramm eine Fülle aberwählender Einlagen bringt. Bortverkauf bis Sonntag einschließl. im Gange.

Amtlicher Teil.

Die amtliche Ausgabe der Deutschen Arznei-... 1922, deren Inkrafttreten usw. in Nr. 4 der Sächsischen Staatszeitung von 1922 bekanntgegeben worden ist, enthält mehrere Druckfehler.

Bekanntmachung über die neunte vorläufige Verteilung von Reichseinkommensteuer unter die Gemeinden;

vom 25. Januar 1922, Nr. 162 Steuertr. A. I. Die neunte vorläufige Verteilung von Reichseinkommensteuer hat begonnen und wird mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden.

Der Steueranteil jeder Gemeinde bei der neunten vorläufigen Verteilung ist wie folgt berechnet worden: 183 % des vorläufigen Mindestanteils im Sinne des § 56 Abs. 2 des Landessteuergesetzes nach dem neuesten Stand abzüglich der Summen derjenigen Beträge, die der Gemeinde bei den bisherigen vorläufigen Verteilungen von Reichseinkommensteuer einschließlich des jederzeit gewährten kommunalen Zuschusses auf den Reichseinkommensteueranteil bereits überwießen worden sind.

Jede Gemeinde wird also nach Berücksichtigung der neunten vorläufigen Verteilung auf ihre Reichseinkommensteueranteile für die Rechnungsjahre 1920 und 1921 insgesamt 183 % ihres vorläufigen Mindestanteils zugute erhalten haben, wovon 118 % auf ihren Reichseinkommensteueranteil für das Rechnungsjahr 1920 zu verrechnen sind.

Denjenigen Gemeinden, denen infolge Unstimmigkeit ihrer früher berechneten Mindestanteils bei den bisherigen vorläufigen Verteilungen bereits mehr als 183 % ihres vorläufigen Mindestanteils nach dem derzeitigen Stand überwiesen worden ist, kann bei der neunten vorläufigen Verteilung ein Anteil nicht zugute werden.

2. Von dem in der obigen Weise berechneten Steueranteil der einzelnen Gemeinde bei der neunten vorläufigen Verteilung ist gemäß § 8 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Verteilung der persönlichen Einkommensteuern zwischen Staat und Schulbezirken in den Rechnungsjahren 1920 und 1921 vom 11. Oktober 1921 (S. Ges. Bl. S. 335) eine Kürzung vorgenommen worden, die mit Rücksicht auf die augenblickliche bedrückte Finanzlage der Gemeinden statt bis zu 50 % nur bis zu 40 % des Steueranteils bemessen worden ist.

3. Jeder Gemeinde und jedem Bezirksverband wird vom Finanzministerium eine besondere Berechnung mitgeteilt werden.

Die Gemeinden werden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dem Finanzministerium nach Durchführung der neunten vorläufigen Verteilung vorläufig weitere Mittel zur Verteilung auf den Reichseinkommensteueranteil der Gemeinden für das Rechnungsjahr 1920 nicht zur Verfügung stehen. Da das Reich die gesamten Einnahmen an Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 zunächst in voller Höhe dem Land für den Staat und die Gemeinden überlassen hatte, werden nunmehr die gesamten Einnahmen an Reichseinkommensteuer, die für das Rechnungsjahr 1920 auf Grund der endgültigen Veranlagung zur Reichseinkommensteuer eingehen, vom Reich so lange für die Reichskasse einbehalten, bis ein dem Drittelanteil des Reichs an dieser Steuer entsprechender Betrag, zunächst also die Hälfte der dem Lande bisher für den Staat und die Gemeinden überlassenen Einnahmen aus der Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920, in die Reichskasse vereinnahmt worden ist.

Alle Gesuche von Gemeinden um Überweisung weiterer Beträge oder um Überweisung von Zuschüssen auf ihren Reichseinkommensteueranteil für das Rechnungsjahr 1920 unter Hinweis auf die nunmehr festgestellte endgültige

Veranlagung zur Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920, auf die Höhe des Steueranteils in der Gemeinde für dieses Rechnungsjahr oder auf die Höhe der in der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1920 ausgenommenen und von ihr an die Finanzkasse abgeführten Reichseinkommensteuer sind daher völlig zwecklos. Das Finanzministerium ist nicht in der Lage, derartige Gesuche stattzugeben, da ihm hierzu keine Mittel zur Verfügung stehen. Es ist auch nicht in der Lage, jedes derartige Gesuch einzeln zu beantworten. Da alle Gemeinden durch diese Bekanntmachung über den Sachverhalt aufgeklärt werden, sieht das Finanzministerium die bereits vorliegenden derartigen Gesuche von Gemeinden und die etwa weiterhin eingehenden derartigen Gesuche durch diese Bekanntmachung als erledigt an.

Bekanntmachung über die neunte vorläufige Verteilung von Reichseinkommensteuer unter die Gemeinden;

Sobald dem Finanzministerium wieder Mittel zur Verteilung auf den Reichseinkommensteueranteil für das Rechnungsjahr 1920 vom Reich zur Verfügung gestellt werden, wird es diese Beträge verteilen.

III. Eine weitere (zehnte) vorläufige Verteilung von Reichseinkommensteuer wird voraussichtlich unmittelbar nach Durchführung der neunten Verteilung erfolgen können. 9301 Finanzministerium.

Die Kassen-, Buch- und Rechnungsführung in Straßen- und Wasserbauwerken ist für den Bezirk des Straßen- und Wasserbauamts Plauen am 12. Januar 1922 vom Finanzamt Plauen-Stadt (I) auf das Straßen- und Wasserbauamt Plauen übergegangen. 9302 Str.-u. W.B.-A. Dresden, 19. Jan. 1922. Finanzministerium.

Bekanntmachung über die Gebührenordnung für die konzessionierten Marktscheider im Freistaat Sachsen.

Auf Grund von § 266 der zum Allgemeinen Berggesetz erlassenen Ausführungsvorschriften vom 20. Dezember 1910 (S. 485) werden die Sätze unter Nr. 1 bis 37, 39, 40, 42, 43 und 4 der Gebührenordnung für die konzessionierten Marktscheider im Freistaat Sachsen vom 30. November 1917 (Bekanntmachung vom 15. Dezember 1917 in der Beilage zu Nr. 289 der Sächsischen Staatszeitung vom 13. Dezember 1917) vom 1. Februar 1922 ab bis auf weiteres auf das Doppelte erhöht. 9304 Die Bekanntmachung des Bergamts vom 30. November 1920 über die Berichtigung der genannten Sätze tritt mit diesem Tage außer Kraft. Freiberg, 20. Januar 1922. Bergamt.

Die 3. Klasse der 180. Sächsischen Landeslotterie wird am

8. und 9. Februar 1922 gezogen. Die Erneuerung der Lose ist nach § 5 der Planbestimmungen noch vor Ablauf des 30. Januar 1922 bei dem Staatslotterie-Einnehmer, dessen Name und Wohnort den Lose eingehend und ausgehempelt ist, zu bewirken. Der dies verkümmert sein Los von dem Staatslotterie-Einnehmer vor Ablauf des 30. Januar 1922 nicht erhalten kann, hat dies nach dem angelegenen § 5 bei Verlust aller Ansprüche an das gezeichnete Los der Lotteriedirektion nach Vorlage des 4. Februar 1922 unter Vorlegung des Loses der 2. Klasse und des Erneuerungsbetrags anzugeben. Jeder Spieler eines Loses hat zur Vermeidung von Nachteilen darauf zu achten, daß das vom Staatslotterie-Einnehmer ihm ausgehändigte Erneuerungsbuch den selben Unterscheidungsbuchstaben trägt wie das Verlosenslos. Nur die angelegten Staatslotterie-Einnehmer und deren Beschäftigten sind zum Verkauf von Lose der Sächsischen Landeslotterie befugt. Jeder Staatslotterie-Einnehmer ist verpflichtet, die von ihm ausgegebenen Lose auf der Vorderseite rechts mit dem Abdruck eines Stempels, der seinen Namen und Wohnort angibt, zu versehen, da der Mangel eines solchen Abdrucks die Ungültigkeit des Loses zur Folge hat. 9233 Leipzig, 23. Jan. 1922. Die Lotteriedirektion.

Tarif für die schmalpursigen Nebenbahn Klingenthal-Unterjochberg-Georgenhof. Am 1. Februar 1922 ertheilt ein Nachtrag V, durch den die Personenzahreise sowie die Frachtpreise für Gepäck und andere Güter erhöht werden. Nähere Auskunft erteilen die Bahnhöfe Klingenthal und Unterjochberg-Georgenhof. Das abtägliche Inkrafttreten dieser Tarifveränderungen gründet sich auf die vorübergehende Aufhebung des § 6 (5) der Eisenbahnverkehrsordnung (Reichsgesetzblatt 1914 S. 455). Dresden, am 25. Jan. 1922. 9306 Eisenbahn-Generaldirektion.

Deutsche Reichsbahn - Sächsisches Reg. Mit Gültigkeit vom 1. Februar 1922 werden infolge Erhöhung a) der Mindestfrachten für Sonderzüge, des Begleiterfahrgebühres und der Zuschläge zur Deckung der nichtschiffmässigen Fuhrartensteuer um 75 v. H., b) sämtlicher Frachten im Güter- und Tierverkehr einseitig, der tarifmäßigen Mindest- und Sonderfrachttarife sowie der Nebengebühren um 30 v. H. neu angesetzt: 1. Radfahr III zum Binnen-Wäldertarif, Teil II, Post I vom 1. Dezember 1920, 2. Radfahr III zum Binnen-Wäldertarif, Teil II, Post I vom 1. Juli 1921, 3. Radfahr IV zum Binnen-Wäldertarif, Teil II vom 1. Dezember 1920, 4. Radfahr IV zum Binnen-Wäldertarif für die schmalpursigen Linien vom 1. Dezember 1920. Das abtägliche Inkrafttreten der Tarifveränderungen gründet sich auf die vorübergehende Aufhebung des § 6 der Eisenbahnverkehrsordnung. Die Tarifnachträge können vom 30. Januar 1922 an durch unsere Bezirks- Hauptverwaltung in Dresden-Kreuzhau bezogen werden. Inzwischen erteilt unser Verkehrsamt hier nähere Auskunft. - Dresden, am 25. Januar 1922. Eisenbahn-Generaldirektion. 9329

Es sollen vergeben werden: Erb-, Mauer- und Zimmerarbeiten für die Lokomotivbetriebswerkstatt auf Bahnh. Nies. Die Arbeiten sind innerhalb 12 Wochen vom Tage der Behändigung der schriftlichen Aufforderung zu Beginn der Arbeiten an gerechnet fertigzustellen. Preislisten sind, soweit Vorrat reicht, gegen post- und bestellgeldfreie Zusendung von 3,00 M. in bar beim unterzeichneten Bauamt, das auch weitere Auskunft erteilt, zu entnehmen. Bei rechtzeitiger Einreichung der vollständig ausgefüllten Preisliste wird der hinterlegte Betrag unter Abzug etwaiger Vorkauslagen zurückgezahlt. Die Angebote sind verschlossen und portofrei bis zum 18. Februar 1922 vormittags 11 Uhr beim Eisenbahnbauamt Nies einzureichen. Zu dieser Zeit erfolgt auch die Eröffnung der Angebote. Die Auswahl unter den Bewerbern sowie die Zurückweisung sämtlicher Angebote bleiben vorbehalten. 9305 Eisenbahnbauamt Nies.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 12827, betr. die Gesellschaft Deutsche Eisenbahn-Gütertransportgesellschaft mit beschränkter Haftung Dresden in Dresden: Die Gesellschaft ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 10. Januar 1922 aufgelöst. Der Kaufmann Richard Wollersdorf ist nicht mehr Geschäftsführer, sondern Liquidator; 2. auf Blatt 15009, betr. die offene Handelsgesellschaft Gerbe & Köhler in Dresden: Der Kaufmann Bernhard Gerbe ist ausgeschieden; 3. auf Blatt 15269, betr. die offene Handelsgesellschaft Teich-Polische Handelsgesellschaft Reintze & Martowitz in Dresden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen; 4. auf Blatt 11306, betr. die Firma Hoffmannswert Leuben-Dresden in Dresden-Leuben: Die Firma ist erloschen; 5. auf Blatt 16673, betr. die Firma Metallwarenfabrik Herberich Berlebach in Dresden: Die Firma ist erloschen. 9328 Amtsgericht Dresden, Abt. III, 25. Jan. 1922.

Das im Grundbuche für Eibenhof Blatt 215 auf den Namen des Würfenmachers Friedrich Hermann Eibsch in Eibenhof eingetragene Grundstück soll am 24. März 1922, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden. Das Grundstück ist nach dem Grundbuche 4,9 Ar groß und auf 7500 M. geschätzt. Es liegt am Gutsfelder Steig (Nr. 2), besteht aus einem Wohnhaus mit Hinterhof und etwas Hofraum, Nr. des Grundbuchs 566, der Dristle 225, Steuerleistungen 60,55, Grundfläche (Kriegsschätzung) 9540 M. Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 20. Oktober 1921 verlaßbaren Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Auforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Festsetzung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden. Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Eintragung des Aufschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt. 9307 Eibenhof, 18. Jan. 1922. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 77 des Handelsregisters, die Firma Thiele & Steinert Aktiengesellschaft in Freiberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 29. Dezember 1921 hat laut Rotariatsprotokoll vom gleichen Tage die Erhöhung des Grundkapitals um zwei Millionen Mark, zerfallend in 20000 auf den Inhaber lautende Stammaktien zu 1000 Mark, mithin auf vier Millionen Mark, beschloßen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 7. Juli 1921 ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokoll vom 29. Dezember 1921 in den §§ 3, 4, 10 und 11 abgeändert worden. 9308 Amtsgericht Freiberg, am 25. Januar 1922.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: Auf Blatt 181, betr. die Firma Friedrich Theodor Scheller in Großenhain: Friedrich Bernhard Theodor Traugott Jartz ist als Inhaber ausgeschieden. Die Kaufmannswitwe Agnes Hedwig Jartz geb. Schmidt in Großenhain ist Inhaberin; - auf Blatt 510 die Firma Emma Verusche, Marie Hennig Kauf. in Großenhain. Charlotte Emma Verusche geb. Schneidmann dieselbe ist Inhaberin. Sie hat das Handelsgeschäft und die handelsgerichtlich nicht eingetragene Firma Marie Hennig von der Geschäftsinhaberin Marie Hennig käuflich erworben. Angegebener Geschäftszweig: Margarine-, Landesprodukt- und Kolonialwarengeschäft. Geschäftsräum: Großenhain, Schulgasse 1, Ecke Neumarkt; - auf Blatt 511 die Firma Arthur Tonnath in Großenhain. Der Kaufmann Ernst Arthur Tonnath dieselbe ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Lebens- u. Futtermittel-, Tabakfabrikate-Großhandels- u. Kommissionsgeschäft. Geschäftsräum: Großenhain, Poststr. 11, II. 9309 Amtsgericht Großenhain, 21. Jan. 1922.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf den Blättern 7580, 9535 und 11347, betr. die Firmen Eugen Dietzmeier, Hermann & Co. und Wilder'sche Verlagbuchhandlung, Eugen Dietzmeier, sämtlich in Leipzig: Georg Rudolf Beer ist als Inhaber ausgeschieden. Geschäftsführer sind Wilhelm Beer, Hans geb. von Otto und der Buchhändler Karl Friedrich Hjan, beide in Gausch. Die Gesellschaft ist am 3. Dezember 1921 errichtet. Sie hat seit nicht für die im Betriebe des Geschäfts entstandenen Verbindlichkeiten

des bisherigen Inhabers. Auf Blatt 9535 ist weiter eingetragen: Die Procura des Richard Albert Arnold ist erloschen; 2. auf Blatt 14445, betr. die Firma G. W. Naumann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Procura ist erteilt dem Kaufmann Richard Ernst Torn in Leipzig. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen vertreten; 3. auf Blatt 19088, betr. die Firma Thyllen'sche Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung Zweigniederlassung Leipzig in Leipzig: Procura ist erteilt dem Kaufmann Emil Arnold in Tautsburg-Beud und Adolf Wunt in Tautsburg. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen vertreten; 9311 4. auf Blatt 19432, betr. die Firma Werbedienst Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Ernst Carl Bauer und Hermann Behrmann sind als Geschäftsführer ausgeschieden; 5. auf Blatt 20008, betr. die Firma Neumann-talender Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Wahren: Karl Werner ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Emil Hermann Georg Hampe in Leipzig. Amtsgericht Leipzig, Abt. II R, 24. Jan. 1922.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 20728 die Firma Herben & Schneider in Leipzig (Stadt, Rathshaus, Galerstrand 9). Geschäftsführer sind Clara Elisabeth Alice vhl. Herben geb. Friedrich in Leipzig und der Kaufmann Max Hermann Schneider in Werdau, Kreis Torgau. Die Gesellschaft ist am 15. Januar 1922 errichtet. Procura ist dem Kaufmann Franz Richter in Leipzig erteilt. (Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit handelsüblichen Leinwand, Fein- und Wollwaren); 2. auf Blatt 9695, betr. die Firma Richter & Co. Aktiengesellschaft in Leipzig: Procura ist dem Kaufmann Ernst Richter jr. in Leipzig erteilt. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen vertreten; 3. auf Blatt 10783, betr. die Aktiengesellschaft unter der Firma Bant für Handel und Industrie, Aktiengesellschaft in Leipzig: Die Procura des Ernst Julius Louis Otto Fechner ist erloschen; 4. auf Blatt 18917, betr. die Firma Berbig & Heber in Leipzig: Procura ist dem Kaufmann Ernst Gerhard Heber in Leipzig erteilt; 5. auf Blatt 20552, betr. die Firma Abrechenverlag Kurt Georg Weidenhäger & Co. in Leipzig: Georg Weidenhäger ist als Geschäftsführer ausgeschieden. An seiner Stelle ist der Kaufmann Josef Schuchheim in Leipzig in die Gesellschaft eingetreten; 6. auf Blatt 19450, betr. die Firma J. Köhler & Sohn Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 2. Dezember 1921 laut Rotariatsprotokoll vom gleichen Tage im § 5 abgeändert worden. Fritz Walter Herrmann ist als Geschäftsführer ausgeschieden; 7. auf Blatt 20241, betr. die Firma Hallenbau, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Die Firma lautet künftig: Hansa Handlungsgesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag vom 1. März 1921 ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 13. Januar 1922 laut gerichtlichen Protokolls vom dem gleichen Tage in den §§ 1, 3, 5, 10 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Baumaterialien, Maschinen und Werkzeugen aller Art. Die Gesellschaft wird vertreten a) wenn ein Geschäftsführer bestellt ist, durch diesen, b) wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen oder durch zwei Prokuristen. Otto Max Robert Thümer und Max Reumann sind als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Gustav Adolf Arnold in Leipzig bestellt; 8. auf Blatt 20291, betr. die Firma „Gauhüte“ Leipzig & Umgebung Sozialer Baugesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 5. Januar 1922 auf dreizehnhundert Mark erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den gleichen Beschluß laut Rotariatsprotokoll vom 5. Januar 1922 in den §§ 4, 5, 7, 8, 9, 17, 18 und 19 abgeändert worden; 9. auf Blatt 20663, betr. die Firma Benzol-Vertrieb Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Procura ist erteilt dem Kaufmann Julius Ernst Karl Arthur Fritz Tannmeyer und Max Richard Eichner, sämtlich in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen vertreten; 10. auf Blatt 9610, betr. die Firma Aktien-Gesellschaft für automatische Verkauf in Leipzig, Zweigniederlassung: Die Zweigniederlassung ist aufgehoben und die Firma hier erloschen. 9310 Amtsgericht Leipzig, Abt. II R, 24. Jan. 1922.

Auf Blatt 1008 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Otto Tannhäuser in Limbach und als deren Inhaber der Fabrikant Ernst Otto Tannhäuser in Bleiba eingetragen worden. Geschäftszweig: Herstellung von Tricotagen und Handel damit. 9312 Amtsgericht Limbach, den 18. Januar 1922.

Auf Blatt 344 des Handelsregisters, betr. die Firma Otto Tilmann in Markneukirchen, ist heute eingetragen worden, daß der Sattlerfabrikant Otto Tilmann in Markneukirchen aus der Gesellschaft ausgeschieden ist. 9313 Amtsgericht Markneukirchen, 19. Januar 1922.

Auf Blatt 488 des Handelsregisters für den Landbezirk Birna, betreffend die Papier- und Kartonfabrik Röttwig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Rottewitz, ist heute eingetragen worden: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 30. Dezember 1921 laut Rotariatsprotokoll von diesem Tage ist der Gesellschaftsvertrag abgeändert und das Stammkapital auf zwei Millionen vierhunderttausend Mark erhöht worden. 9314 Amtsgericht Birna, den 23. Januar 1922.

Auf Blatt 494 des Handelsregisters für den Landbesitz Pirna, betreffend die Firma...

Auf Blatt 194 des hiesigen Handelsregisters, die Firma H. W. Burthardt in Großröhrsdorf...

Auf Blatt 71 des Handelsregisters ist heute die Firma Gustav W. Voigt in Röttha...

Auf Antrag des Schlossers und Mechanikers Eduard Edmund Krause in Röttha...

Örtliche Angelegenheiten.

Treben, 26. Januar.

Die Oberpostdirektion ist wegen der Verpflegung des Abstellbahnhofs...

Der vom Dresdner Philosophenverein veranstaltete Berufsberatungsvortrag...

Im Monat Dezember 1921 betrug die Zahl der dem hiesigen Polizeipräsidium...

Sächsische Angelegenheiten.

Karl Sindermann †.

In der vergangenen Nacht ist Abg. Karl Sindermann nach langer Krankheit im 53. Lebensjahre gestorben...

a) Reuzsig Markt 6 Pf. nebst Hinsen zu 4 v. S. jährlich und den Kosten der Einhebung...

Wer an dieser Hypothek und der Herberge Rechte zu haben glaubt, wird aufgefordert...

am 15. Mai 1923, nachm. 3 Uhr vor dem Amtsgericht Stolpen...

Auf dem die Firma Wilhelm Hartenstein in Wurzen betreffenden Blatt 1 des hiesigen Handelsregisters...

Die von der hiesigen städtischen Sparkasse auf den Namen Joh. Gottlob Heinrich Handold...

In Gemäßheit § 14 unserer Sparkassenordnung fordern wir den einzigen Inhaber dieser Fächer auf...

Die Sparkassenverwaltung.

zung zwischen Einheitsverband und Reichsbund zum „Reichsverband Deutscher Krieges-Verwundeter und Kriegsteilnehmer“...

Leipzig. Trotz der bedeutenden Verteuerung des Fernsprechverkehrs sind in Leipzig nur sehr wenig Hauptanschlüsse gefällig geworden...

Leipzig. Am dem Neujahr ein würdiges Geleit zu schaffen, hat der Rat der Stadt beschlossen...

Leipzig. Die Betriebsräte der Leipziger Zeitungsbetriebe haben eine Entschließung an die Reichsregierung gefaßt...

Leipzig. Der Haushaltplan der Stadt Leipzig für das Haushaltsjahr 1921/22 schließt bei 31.600.000 M. ab...

Wien. Die von der Bezirksverwaltung der Amtshauptmannschaft Plauen i. V. beschlossene Jagdsteuerordnung...

Leipzig. In der letzten Gemeinderatssitzung ist das Ortsgeleit über die kommunale Totenbestattung...

Leipzig. In der letzten Gemeinderatssitzung ist das Ortsgeleit über die kommunale Totenbestattung...

Leipzig. Die Wohnungswirtschaft nimmt hier immer schärfere Formen an...

Leipzig. Der Bau von Wohnhäusern ist für die Stadterhaltung eine der schwersten Sorgen...

Leipzig. Die Kraftwagenlinie Pirna-Nathenthal-Bathen hat ihren Betrieb wegen zu geringer Inanspruchnahme eingestellt...

Tageschronik.

Treffan, 26. Januar. In dem bereits gestern gemeldeten Brande des Friedhofstheaters...

auf die angrenzenden Räume. Um 12 1/2 Uhr wurden bereits die an das Theater angrenzenden Kammer...

Plauen i. V., 26. Januar. In einem von Hof kommenden Güterzuge war ein Wagen mit Baumstämme in Brand geraten...

Berlin, 26. Januar. Eine ungarische Hochapplerbande, die mit gefälschten amerikanischen und Schweizer Schrotz arbeitete...

Berlin, 26. Januar. Die Temperatur in Berlin ist am Mittwoch auf 15 Grad unter Null gesunken...

Berlin, 26. Januar. Die Briefmarkenverfeinerung im Kaiserhof zu Berlin, an der sich namentlich auch das Ausland beteiligt...

Berlin, 26. Januar. Nach einer Zusammenkunft am See gegen die deutschen Dampfer „Kurland“, „Kaarnholm“, „Kebis“, „Rutha“...

Leipzig, 26. Januar. Das Schönergericht hat den Räder Pade aus Kleinmüssen, den Schlosser Stange aus Erfurt...

Sachsen, 26. Januar. In der Nacht zum Montag brach in Haus Weimar, der Schlossbesitzer der Familie v. Berswordt-Ballin...

Hamburg, 26. Januar. Die Deutsche Seewarte teilt mit, daß eine intensive Algenwelle das Ostsee und das zentrale Ostseegebiet...

Mannheim, 26. Januar. In den badischen Städten herrscht die Grippe noch wie vor...

Zur Eisenbahnerbewegung.

In einer am gestrigen Mittwoch Nachmittag im Volkshaus zu Treben stattgefundenen Versammlung der freireichlichen Eisenbahner...

Jahrplanänderung.

Der Frühzug von Wildruff nach Freital-Pollschappel wird vom 30. Januar ab zeitiger gelegt...

Altensendungen durch die Post.

(N.) Den Behörden gehen häufig Altensendungen zu, die als Päckchen abgegeben worden sind...

Außerordentlicher Verbandstag des Einheitsverbandes Deutscher Krieges-Verwundeter u. Kriegserhinterbliebener.

Der zweite Tag (Montag) war mit der Einigungsfrage ausgefüllt. Nach ausführlichen Beratungen über den Gang der Verschmelzungsverhandlungen...

Bergon auf Rügen, 26. Januar. Das Schiffserge...

Cyprien, 26. Januar. In einem Keller eines bei der Explosion zerstörten Gebäudes...

Wien, 26. Januar. Nach einer Reibung der „Grazzer Tagespost“ aus Belgrad...

Kunstanzeigen.

* Mitteilung der Sächsischen Staatsoper...

* Der Theaterjettel der Gesellschafter...

* Die Staatliche Kunstgewerbeschule...

* Am 25. Februar gibt die Universität...

* Der Versuchungskirchenchor führt...

Sport.

Treibener Ruderverein.

Im Rahmen eines Gesellschaftsabendes feierte der Treibener Ruderverein am Dienstag...

Ver Automobilklub von Deutschland hält seine ordentliche Generalversammlung...

Land- u. Forstwirtschaftliches. 2. Sächsische Landwirtschaftliche Woche.

Für den 3. Verhandlungstag waren eine große Reihe von Berathaltungen und sachlichen Berträgen vorgesehen...

In Künstlerhaus fand am Nachmittag die Hauptversammlung des Landesverbandes...

In den drei Tagen fand sich ebenfalls am Nachmittage der Landfrauentag zusammen.

Frau Jung-Rühlbach begrüßte als Vorsitzende die zahlreich erschienenen Landfrauen...

* Am Tore der Zukunft. Romane und Essays von Hans Lukas Wagner...

* Das wilde Jahr. Aus dem Nachlass von Ludwig Ganghofer...

Von der Synode.

Dresden, 26. Januar. Die Synode nahm in ihrer heutigen Sitzung zunächst den vom Antragsteller...

Den Kirchenvorständen den Beitritt zur sächsischen Landesgruppe der deutschen evangelischen Kirchen...

Synode wolle beschließen.

A. die Einsetzung der Geistlichen nach folgenden Grundfähigkeiten vorzunehmen:

I. Die geistlichen Stellen werden nach der Erzahlzahl in 4 Klassen eingeteilt...

III. Auf diese Dienstalter werden 1. für Pfarramt- und Kirchenvorstandsleitung drei Dienstjahre, 2. für jede Schwester- oder Tochter-Kirche...

V. Wird der nach der Beförderungsordnung vom 28. September 1921, § 1 unter b Abs. 1 zufällige Höchstgrad von 50 p. h. sämtlicher...

VI. Rückwirkende Kraft soll vorstehenden Grundfähigkeiten nicht gegeben werden...

Hierüber entspann sich eine sehr ausgedehnte Debatte, in welcher der Vertreter des Landes...

Bücherbesprechungen.

* Am Tore der Zukunft. Romane und Essays von Hans Lukas Wagner...

* Das wilde Jahr. Aus dem Nachlass von Ludwig Ganghofer...

Die Absonderlichkeit des Unterfangens vermindert sich dadurch, daß der Dichter ein Jäger vom besten Schlage, mit Natur und Wald eng vertraut war...

* Heinrich von Plate. Der Roman eines Privilegierten von Eduard v. der Hellen...

* Philipp Wittkop. Die deutschen Lyriker von Luther bis Nietzsche...

